



2013/47 Dossier

<https://shop.jungle.world/artikel/2013/47/der-geheimbund-der-revolutionaere>

Der Niedergang des Anarchismus

Der Geheimbund der Revolutionäre

Von **Peter Bierl**

Peter Bierl macht eine Bestandsaufnahme der neuesten Niedergangerscheinungen des Anarchismus.

Seit dem Aufstand der Zapatisten in Mexiko im Jahr 1994 bilden antiautoritäre und basisdemokratische Gruppen in linken Bewegungen ein Gegengewicht zu Sozialdemokraten, Etatisten und Leninisten, wie zuletzt bei den indignados, in der »Occupy«-Bewegung und bei den Protesten in der Türkei deutlich wurde. Lange Zeit randständig innerhalb der Linken, ist der Anarchismus heute angesagt. Eine große Gefahr ist jedoch, dass ein individualistischer, rechtslibertärer Anarchokapitalismus dominiert. Einen Beitrag zur Popularisierung von dessen Anschauungen hat zuletzt der Anthropologe David Graeber geleistet, der in seinem Bestseller »Schulden« eine staatsfreie Marktwirtschaft mit zinslosem Geld anpreist. In Deutschland wird eine ähnliche Richtung von einem Bündnis aus Individualanarchisten und den Anhängern der sogenannten Freiwirtschaftslehre vertreten. Gegenüber den weit seltener diskutierten Ansätzen eines sozialistischen Anarchismus sind solche Konzepte jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Dies zeigte sich zuletzt anlässlich des Kongresses »Macht ohne Herrschaft«, den die Emanzipatorische Linke (EmaLi), eine Gruppe innerhalb der Linkspartei, in diesem Jahr unter dem Motto »Anarchismus reloaded« in Berlin veranstaltete. Die Idee zu diesem Treffen war entstanden, nachdem eine Mehrheit der Linkspartei auf dem Parteitag im Oktober 2011 den Anarchismus nicht in ihre »historische Ahnenreihe« hatte aufnehmen wollen. Zum Erbe gehörten USPD, KPD, linkssozialistische Bewegungen und Sozialdemokratie, heißt es entsprechend im Grundsatzprogramm der Partei. Die Delegierten verfahren dabei durchaus konsequent, denn die Beteiligung an Wahlen, Parlamenten und Regierungen ist der Zweck einer Partei und daher mit der antistaatlichen Haltung von Anarchisten unvereinbar.

Die EmaLi fordert in ihrem Grundsatzpapier die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, höhere Steuern und öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Ökologie und öffentliche Beschäftigung, was ebenfalls eher sozialdemokratisch-keynesianisch klingt, darüber hinaus ein bedingungsloses Grundeinkommen und offene Grenzen für Flüchtlinge

und Migranten. Zu den Initiatoren der Initiative der EmaLi gehörte auch die Parteivorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping. In der Ankündigung zum Anarchismus-Kongress heißt es, dieser sei ein »unverzichtbarer Ideenpool für libertäre, radikaldemokratische und gar pazifistische Einstellungen«. Bezeichnenderweise tauchen in dieser Würdigung die Attribute antistaatlich, antikapitalistisch und kommunistisch gleichfalls nicht auf. Das ist wenig überraschend, wollte die Gruppe mit ihrem Kongress doch erklärtermaßen zeigen, dass Anarchismus mehr sei als »Bombenlegerei und Gesetzlosigkeit« oder »Geschichten aus dem Spanischen Bürgerkrieg«. Die herablassende Erwähnung der sozialen Revolution in Spanien 1936 deutete schon an, dass sich die EmaLi trotz der Anknüpfung an den Anarchismus keineswegs ernsthaft mit linksradikalen Traditionen befassen wollte.

Tatsächlich gehören die Referenten, die bei der EmaLi als Fürsprecher des Anarchismus auftraten, dem rechten Rand der anarchistischen Szene an, der sich auf Max Stirner, den Antisemiten und Antifeministen Pierre-Joseph Proudhon sowie den Sozialdarwinisten Silvio Gesell bezieht, in Teilen auch auf Friedrich Nietzsche, dessen Herrenmenschenideologie später Bestandteil faschistischer Propaganda wurde. Folgt man der Darstellung von Lucien van der Walt und Michael Schmidt in ihrem jüngst auf Deutsch erschienenen Buch »Schwarze Flamme«, worin sie den Anarchismus als sozialistische Strömung bestimmen, dem Stirner und Nietzsche gar nicht und Proudhon allenfalls als Ideengeber zuzurechnen sei, dann waren auf dem Kongress gar keine Anarchisten zugegen.

Den einführenden Vortrag hielt Jochen Knoblauch, der in Berlin in der »Bibliothek der Freien« mitarbeitet und die anarchistische Zeitschrift Espero mitbegründet hat. Das Blättchen hielt seit seiner Gründung 1994 das Andenken von Max Stirner und John Henry Mackay hoch und verfocht Gesells Freiwirtschaft, der insbesondere der Herausgeber anhängt. Uwe Timm, der andere Mitbegründer von Espero, ist ein Fan des republikanischen Senators Ron Paul, für den bereits der amerikanische Bundesstaat sozialistisches Teufelswerk ist. Timms Karriere begann beim Jungvolk der Hitlerjugend. Er hält den Klimawandel für eine »angelsächsische Erfindung« und plädiert unverdrossen für die Nutzung der Atomkraft, in erster Linie deutscher Anlagen, und für deren Export, weil er an deutsche Wertarbeit glaubt.

Radikaler Liberalismus und Sozialdarwinismus

Johann Caspar Schmidt alias Max Stirner gilt als Begründer des sogenannten Individualanarchismus. In seinem Hauptwerk »Der Einzige und sein Eigentum« (1844) gibt er die Maxime aus: »Was Du zu sein die Macht hast, dazu hast Du das Recht.« Sein Lob des Egoismus erinnert an Nietzsche, bloß argumentiert Stirner noch nicht biologistisch. Auch Mackay lehnte wie Stirner und Proudhon den kommunistisch-kollektivistischen Anarchismus ab. »Denn wir wollen keine Gütergemeinschaft, gerade die Freiheit des Individuums verlangt das private Eigentum«, erklärte Mackay 1894 in einem Interview, das Espero 2012 nachdruckte. Passend dazu wurde im gleichen Heft für die 2009 gegründete »Partei der Vernunft« (PdV) geworben, die, gestützt auf Vordenker des Neoliberalismus wie den Ökonomen Friedrich August von Hayek, die Steuern weiter senken und die Sozialversicherung abschaffen will.

Bereits eine Fraktion der Freiwirte während der Weimarer Republik hatte Stirners Egoismus zur weltanschaulichen Grundlage erkoren. Die Anhänger Silvio Gesells nannten

sich in ihren Anfängen »Physiokraten«, weniger in Anlehnung an die gleichnamige französische ökonomische Schule des 18. Jahrhunderts als aufgrund der Tatsache, dass der Begriff ihr Ziel ausdrückte: Herrschaft der Natur. Angestrebt wurde eine Gesellschaft, die nach vermeintlichen Naturgesetzen funktioniert, worunter Freiwirte einen permanenten Kampf ums Dasein und gnadenlose Auslese verstanden. Zins und Grundrente galten ihnen als leistungslose Einkommen, die dazu führten, dass Reichtum ohne Erwerbsarbeit entstehe. Faulheit wurde nicht als Recht, sondern als Ausweis biologischer Minderwertigkeit aufgefasst. Auch die Reichen, so behaupteten die Freiwirte, seien dem Ausleseprozess entzogen und degenerierten. Weil sie wegen ihres Vermögens aber immer noch Frauen bekämen, um Kinder in die Welt zu setzen, könnten sie ihr als minderwertig aufgefasstes Erbgut weitergeben.

Wenn in einer Erklärung der »Bibliothek der Freien« davon die Rede ist, Gesell habe bloß - einige Vorstellungen Charles Darwins übernommen, ist das falsch. Bereits in Gesells ersten Schriften um 1891 wird mehrfach die »Veredelung der Race« beschworen. Gesell verdammt überdies die Gleichstellung der Frauen, deren Zugang zur Erwerbsarbeit und das allgemeine Wahlrecht. Nach den Gesetzen der Natur sei die Frau dazu ausersehen, möglichst viele Kinder zu gebären, proklamierte er. In seiner »natürlichen Wirtschaftsordnung« wären Frauen Gebärmaschinen, die sich Männer unter eugenischen Gesichtspunkten auswählen. Als Samenspender bevorzugt würde, wer durch beruflichen Erfolg seine erbbiologische Qualität bewiesen habe. Nach der Empfängnis verlassen die Frauen, wenn es nach Gesell geht, diese Zuchthengste wieder, gebären und erziehen ihre Kinder in Frauengemeinschaften und angeln sich dann den nächsten Mann. Gesell, der in bürgerlichen wie linken Medien als Sozialreformer figuriert, entpuppt sich mit dieser bizarren Idee als Eugeniker. In seinem Buch »Der abgebaute Staat« (1927) hat er dieses Ideal detailliert beschrieben. Aus diesem Roman druckte Espero 2002 das Vorwort ab. In Espero publizierten im Laufe der Jahre jede Menge Gesellianer: der Architekt und Schriftsteller Helmut Creutz etwa, der in der Szene als Wirtschaftsexperte gilt, außerdem Tristan Abromeit, der 1980 den Grünen empfahl, eine radikale ökonomische Deregulierung zum Bestandteil ihres Parteiprogramms zu machen, einschließlich Demontage des Sozialstaats und Privatisierung von Bahn und Post, außerdem Klaus Schmitt, der in seinem Buch »Silvio Gesell - der Marx der Anarchisten«, das 1989 im Karin-Kramer-Verlag erschien, eugenische Ziele offen vertritt, während die meisten Freiwirte diese als freie Liebe, Befreiung der Frau und als Kindergeld camouflieren. Schmitt plädiert in diesem Buch mit ausdrücklichem Bezug auf den Nazi-Biologen Konrad Lorenz für eine »selbstbestimmte« Eugenik. Man möge, fordert er, zur Kenntnis nehmen, dass »durch den Schutzraum der Kultur der Ausleseprozess ausgeschaltet ist, die weiterwirkenden Mutationen (...) jedoch zur überwiegend negativen Veränderung der menschlichen Natur (führen): zu Domestikationserscheinungen«.

Als Co-Autor von Schmitt fungierte Günter Bartsch, ein Anhänger der sogenannten Neuen Rechten, der sich positiv auf die Strasser-Linie des deutschen Faschismus bezieht. Bernd Kramer, Verleger von Schmitt und Bartsch und ebenfalls Referent beim Anarchismus-Kongress der EmaLi, hat in der in seinem Verlag erschienenen Buchreihe »Unter dem Pflaster liegt der Strand« auch schon Henning Eichberg, dem Vordenker der Neuen Rechten, eine Plattform geboten.

Nun ist die EmaLi eine der kleinsten Gruppen in der Linkspartei und die »Bibliothek der

Freien« allenfalls im Berliner Szene-Mikrokosmos von Bedeutung. Die Max-Stirner-Gesellschaft e. V., gegründet 2002, debattierte voriges Jahr sogar schon über ihre Selbstauflösung, das Max-Stirner-Archiv in Leipzig hat seine Zeitschrift 2006 aufgegeben und produziert seither nur ein Jahrbuch. Auch Espero hat im September diesen Jahres sein Erscheinen eingestellt. Für radikale Linke gibt es dennoch Gründe, sich mit den rechten Tendenzen innerhalb des Anarchismus auseinanderzusetzen. Antiautoritäre, basisdemokratische und anarchistische Vorstellungen prägen die neuen Protestbewegungen, sie sind ein Gegengewicht zu sozialdemokratischen wie leninistischen Ansätzen, staatsfixierten Befreiungsnationalisten, Antiimperialisten und ML-Sekten. Beängstigend sind daher die Vorstellungen etwa eines Giovanni Arrighi sowie der indischen Marxisten Vijay Prashad und Prabhat Patnaik. Sie preisen kapitalistische Schwellenländer wie Indien und Brasilien, Entwicklungsdiktaturen wie Russland und China und gar den Iran als neue Hoffnungsträger der Emanzipation. Ähnlich abstrus ist die zutiefst antiamerikanische Idee von Antonio Negri, die von Deutschland dominierte EU als »Multitude« gegen ein von den USA beherrschtes »Empire« in Stellung zu bringen. Zudem besteht die Gefahr, dass der rechte Flügel den Anarchismus dominiert und die Protestbewegungen beeinflusst. Die Freiwirtschaftssekte, die im deutschsprachigen Raum zwar dahindümpelt, hätte mit ihren jüngeren Protagonisten und einem Schwerpunkt auf Alternativ- und Regionalwährungen durchaus das Potential dazu. David Graeber, Vorbild der »Occupy«-Bewegung, tritt bereits gemeinsam mit dem Kulturphilosophen und Esoteriker Charles Eisenstein auf, der ebenfalls als »Occupy«-Vordenker gilt. In seinem neuen Buch mit dem Titel »Heilige Ökonomie« (2013) rügt Eisenstein Wucher und Gier und plädiert für Lokal- und Regionalwährungen. In Adbusters, dem hippen Magazin aus Kanada, das »Occupy Wallstreet« initiiert hat, wurde unlängst für Gesell geworben. Und in Deutschland könnte man ohnehin meinen, der rechte Flügel des Anarchismus habe längst die Deutungshoheit, wenn man wichtige Publikationen der vergangenen Jahre zum Maßstab nimmt.

Anarchismus der Beliebigkeit

Beispiele dafür sind der Band »Anarchismus« aus der Theoriereihe des Schmetterling-Verlages, der nun bereits in der dritten Auflage erschienen ist, sowie das nachfolgende Sammelwerk »Anarchismus 2.0« (2009), beide von dem Espero-Mitbegründer Knoblauch und dem Espero-Autor Hans Jürgen Degen herausgegeben, sowie das von Ilja Trojanow herausgegebene Buch »Anarchistische Welten« (2012). Bekannt geworden ist der aus Bulgarien stammende deutsche Autor Trojanow durch sein 2009 gemeinsam mit der Schriftstellerin Juli Zeh verfasstes antiamerikanisches Pamphlet »Angriff auf die Freiheit« über einen sich vermeintlich unter dem Alibi der Terrorismusbekämpfung formierenden globalen »Überwachungsstaat«. In dem Sammelband von Degen und Knobloch werden, abgesehen von dem Beitrag eines Anarchosyndikalisten und der Analyse Jens Kastners über libertäre Momente im Zapatismus, individualistische und proudhonistische Ansätze betont, kommunistische und kollektivistische Ansätze hingegen als totalitär diffamiert. Viel Raum bekommen sogenannte Revisionisten, die sich nach 1945 von antikapitalistischen Positionen verabschiedeten und für Marktwirtschaft und Eigentum eintraten. Espero-Autor Ullrich Klemm würdigt Stirner als Begründer einer anarchistischen Pädagogik, sogar für sektenartige Zusammenschlüsse wie die Zegg-Gruppe in Brandenburg und den »Stamm

Füssen Eins« im Allgäu wird in den Beiträgen des Bandes geworben.

Ein Kennzeichen dieser Rezeption des Anarchismus ist, dass er prinzipiell nicht als sozialistisch bestimmt wird. Der Anthropologe Graeber preist in seinem Werk »Direct Action« am Anarchismus einen »Austausch von inspirierenden Visionen«, einen »Prozess der Reinigung, der Inspiration und des Experiments« und eine »Art von inspirierendem, kreativem Spiel«. Trojanow wiederum bezeichnet Anarchismus als »ein Projekt, anhand radikaldemokratischer Prinzipien einen geeigneten gesellschaftlichen Rahmen für eine größtmögliche individuelle Freiheit zu schaffen, bei größtmöglicher Gleichheit und Gerechtigkeit«. Diese »multidimensionale, flexible, undogmatische Eigenschaft« verleihe dem Anarchismus eine »immerwährende Aktualität«, er lasse »alle jene Kategorisierungen und Essentialismen hinter sich (...), die in den letzten Jahrzehnten als alte Zöpfe abgeschnitten worden sind«. Was damit eigentlich gemeint ist, wird deutlich bei Graeber, der sich vom »klassischen« Anarchismus wegen dessen Militanz und der Suche nach einer triftigen Theorie im Namen theorieferner Praxis distanziert.

Das bedeutet nicht, dass der Begriff des Anarchismus zur Worthülse wird. Die Folgen der jeweiligen Begriffsbestimmung sind vielmehr konkret: Kritik und Ablehnung der bestehenden Gesellschaft sind bewusste Akte, ihr Gegenteil, inhaltliche Beliebigkeit, der »small-a-Anarchism«, mit dem Graeber kokettiert, führt, auf welchen Umwegen auch immer, zur Affirmation, im Falle Graebers zur Bejahung der Marktwirtschaft. Außerdem betont Graeber, dass Anarchisten früher Atheisten gewesen seien, die Kirchen zerstört hätten, während sich heute »spezifisch anarchistische Formen der Spiritualität« entwickelt hätten, wie das »feministische Heidentum«, die pluralistisch, polytheistisch und selbstkritisch seien. Gefragt sind demnach zeitgenössische Varianten der esoterischen Lebensreformbewegung in der Nachfolge Gustav Landauers. In Trojanows Sammelband rühmt Vandana Shiva den ökologischen Landbau sowie eine »positive«, traditionelle Agrarökonomie. Patriarchale und feudale Strukturen und die mörderischen Folgen des Kastensystems kommen bei ihr nicht vor. Keine Rolle spielen Eigentumsverhältnisse und Konkurrenz, die bewirken, dass auch Ökobauern Lohnarbeiter ausbeuten und Umwelt zerstören, um sich auf dem Markt zu behaupten. Der bewusste Konsument mag sich wohlfühlen, aber der Transport von Bio-Äpfeln aus Neuseeland nach Deutschland oder der Anbau von Bio-Orangen in Südspanien, zu deren Bewässerung der Untergrund leergepumpt wird, so dass das Land vertrocknet, haben mit Ökologie nichts zu tun. Shiva hat die Maßstäbe der Marktwirtschaft so verinnerlicht, dass sie Natur – was immer das in dieser Perspektive außer Ressource und Romantik sein mag – als das wahre Kapital betrachtet und den »organischen Anbau« als profitabler denn die konventionelle Landwirtschaft preist.

Die indische Ökofeministin wirbt seit Jahren zusammen mit der Soziologieprofessorin Maria Mies, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, für eine Subsistenzökonomie, eine Wirtschaftsweise, in der Menschen nur herstellen, was sie selbst verbrauchen. Den internationalen Handel wollen sie drastisch reduzieren. Es geht ihnen um die Rückkehr zur ländlichen Autarkie. Das bedeutet geringe Arbeitsteilung und eine handwerklich-agrarisch geprägte Gesellschaft. Der Lebensstandard aller Menschen würde, ginge es nach Shiva und Mies, auf das Niveau des Mittelalters sinken und die Erdbevölkerung drastisch reduziert, wie es die sogenannten tiefenökologischen Biozentristen, anarchistische Primitivisten und Tierrechtler vom Stamme Earth First seit langem offen fordern. Sinnvolle

Formen der internationalen Arbeitsteilung würden rückgängig gemacht und die Entwicklung ökologisch angepasster, aber moderner Techniken und Geräte würde unmöglich. So ist etwa das Fahrrad ein umweltfreundliches Fortbewegungsmittel, dessen lokale Herstellung ökonomischer und ökologischer Unsinn wäre, weil dazu schließlich Metalle und Kunststoffe notwendig sind.

Der Einfluss dieses rechten Anarchismus wird durch Appeasement gestärkt. Die Zeitschrift Graswurzelrevolution steht jedem offen, der bloß strikt gewaltfrei ist, ebenso Contraste, die Plattform für Genossenschaften, Kooperativen und allerlei Projekte. In der Direkten Aktion, der Zeitschrift der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter Union (FAU), wurde aus Trojanows Buch ausgerechnet der Beitrag von Shiva positiv hervorgehoben. Selbst Publikationen wie die 2011 im Unrast-Verlag erschienene Aufsatzsammlung »Begegnungen feindlicher Brüder« von Philipp Kellermann über das Verhältnis von Marxismus und Anarchismus enthalten zwar hervorragende Beiträge, etwa im zweiten Band über Anarchosyndikalismus, die CNT und deren Produktivismus sowie das Verhältnis von Albert Camus und Jean-Paul Sartre zur Gewalt, aber keine qualifizierte Auseinandersetzung mit den reaktionären Elementen des Anarchismus. Kellermann selbst bringt es fertig, über Georges Sorel zu schreiben, der sich als Marxist ausgab und sich dann als Syndikalist sah, und gänzlich auszusparen, dass dieser schließlich bei den französischen und italienischen Faschisten endete.

Feindliche Brüder

Nicht thematisiert werden bei Kellermann die Ähnlichkeiten zwischen manchen feindlichen Brüdern, zwischen Traditionsmarxisten, Globalisierungskritikern und fast allen Strömungen des Anarchismus, etwa das Unverständnis der kapitalistischen Ökonomie. Schon Lenin hatte 1916 implizit die Marxsche Analyse als überholt aufgegeben. »Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, dass die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ›herrscht‹ und als Grundlage der Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ›Genies‹ der Finanzmachenschaften zufällt«, schrieb er in seiner Schrift über den Imperialismus und fabulierte darin über Parasitentum, Fäulnis und Wucher.

In seinem Beitrag für Kellermanns Band behauptet Karl Reitter, Redakteur der Wiener Zeitschrift Grundrisse, Marx habe eine doppelte Ausbeutung ausgemacht, eine am Arbeitsplatz und eine weitere durch den Staat, der den Profit an das Finanzsystem weiterleite. Marx identifiziert als Quelle des Mehrwerts allerdings nur die menschliche Arbeit und nicht die Mehrwertsteuer. Vandana Shiva wiederum glaubt, wie allzu viele Linke, ein »parasitäres« Finanzsystem sauge die produktive Realwirtschaft aus, eine fixe Idee, die bereits die völkischen Antikapitalisten, Lebensreformer und Gesellianer des Kaiserreichs umtrieb.

In den Büchern von Trojanow, Degen und Knoblauch fungiert stets Gerhard Senft als Experte für anarchistische Ökonomie. Der Gesellianer, der am Wiener Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte lehrt, glaubt trotz der Billionenbeträge, die monetärer Ausdruck einer Überakkumulation von Kapital sind, an eine Geldknappheit. Darum wirbt er, ähnlich wie die »Partei der Vernunft« und Ron Paul, für eine »Geldanarchie«. Anstelle des staatlichen Geldmonopols soll jeder beliebig Geld herstellen und in Umlauf bringen können. Das ist jener Anarchokapitalismus, dessen Existenz Graeber nur leugnen kann, weil er Marktwirtschaft und Kapitalismus für fundamental verschieden hält.

Wie alle Verfechter dieses Missverständnisses reduziert Graeber Kapitalismus auf Börsen-

spekulationen, undurchsichtige Bankgeschäfte, Monopole und Konzernmacht, Zins und Wucher. Marktwirtschaft hingegen verbindet er mit ehrlicher Arbeit und fairem Tausch. Das ist die Ideologie einer kleinbürgerlichen Mittelschicht, von kleinen Handwerkern, Händlern und Bauern, selbständigen Ärzten, Rechtsanwälten und Ingenieuren, Beamten, besser bezahlten Angestellten und Facharbeitern – eine Weltsicht, die potentiell immer schon reaktionär ist. Wirtschaftliche Krisen können so als das Werk von Finsterlingen, skrupellosen Finanzhaien, heimischen Sozialschmarotzern, faulen Südländern oder der jüdischen Weltverschwörung gedeutet werden.

Nicht begriffen wird, dass es in einer Marktökonomie grundsätzlich darauf ankommt, Tauschobjekte herzustellen, deren Verkauf maximalen Gewinn abwerfen muss, um in der Konkurrenz zu überleben, was Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und Zurichtung, Ausplünderung und Zerstörung der Umwelt notwendig impliziert. Eine Marktwirtschaft kann nie statisch sein, sie ist eine dynamische Ökonomie, insbesondere in Epochen des technischen Fortschritts, die die Beteiligten in Sieger und Verlierer sortiert. Der Ruin vieler Betriebe und die Expansion der Sieger gehören ebenso zu den Gesetzen des Marktes wie die Krisen, die seit der Frühzeit des Kapitalismus regelmäßig wiederkehren. Eine Marktwirtschaft aus lauter Kleinproduzenten, gar eine Subsistenzökonomie, ist dauerhaft unmöglich, höchstens vorübergehend nach einem völligen Zusammenbruch der Zivilisation. Tatsächlich ist Kapitalismus ein System aus Produktion und Zirkulation, aus Fabrik, Büro, Bank, Börse und Shopping-Mall und kein Schurkenstück irgendwelcher Finanzhaie.

Eine weitere Ähnlichkeit der erwähnten feindlichen Brüder besteht darin, dass nicht zwischen Marx und dem Marxismus unterschieden wird, letzterer ein Dogmengebäude, eine Rechtfertigungsideologie, die von den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien entwickelt wurde. Selbst ein profunder Denker wie der US-amerikanische libertäre Sozialist Murray Bookchin war dazu kaum in der Lage, vielleicht weil er in stalinistischen und trotzkistischen Gruppen politisch sozialisiert wurde. Auch Ergebnisse der sogenannten Neuen-Marx-Lektüre nehmen Anarchisten in der Regel nicht zur Kenntnis, geradezu manisch arbeiten sie sich statt dessen an einem Marx ab, den sie nur durch die Brillen von Lenin und Stalin lesen.

So bestimmen van der Walt und Schmidt in »Black Flame« den »klassischen Marxismus« lediglich als eine Melange aus Marx, Engels, Kautsky und Lenin. Den fundamentalen Unterschied zwischen Proudhon und Marx, der zum Bruch führte, begreifen sie nicht. Van der Walt und Schmidt unterstellen, beide hätten die gleiche Arbeitswertlehre verfochten. Dabei übernahm Proudhon die klassische Annahme, der Wert einer Ware sei durch die konkrete Arbeit bestimmt, die zu ihrer Herstellung aufgewandt wurde, während Marx diese Annahme gerade verwarf. Der Tauschwert einer Ware sei statt dessen durch die gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit bestimmt. Er sei keine Eigenschaft wie Farbe oder Gewicht, sondern eine Größe, die erst auf dem Markt festgestellt und in Geld ausgedrückt werde. Findet eine Ware keinen Käufer, ist sie wertlos.

Statt ökonomischer Analyse findet sich in den Schriften des Anarchosyndikalismus und Leninismus oft eine politische Dämonologie, die den Konzernchef oder Banker als Verantwortlichen personifiziert, sowie eine Fetischisierung des Industriearbeiters als revolutionäres Subjekt. Die neuere Variante davon findet sich bei Operaisten und Postoperaisten, die überall eine »Multitude« am Werke zu sehen, auch wenn diese gar

nichts davon weiß oder wissen will. Die Integration von Arbeitern ins System beschrieben schon Engels und Lenin oft mit moralisierenden Kategorien. Marxisten beschworen eine relative Verelendung in den Zentren, weil sich die von Marx prophezeite allgemeine und absolute Verelendung nicht einstellte. Van der Walt und Schmidt rechnen vor, die hochproduktiven Arbeiter in kapitalistischen Zentren würden stärker ausgebeutet als ihre Klassengenossen in der Peripherie. Es sei bloß eine größere »Mehrwertgesamtmasse«, die es erlaube, Arbeitern in den Zentren höhere Löhne zu bezahlen. Deshalb aber von einer »Arbeiteraristokratie« zu sprechen, die vom Imperialismus profitiere, sei grundverkehrt und spalterisch.

Dagegen ist einzuwenden, dass ein deutscher Arbeiter im Verhältnis zum Reichtum, den er produziert, zwar relativ stärker ausgebeutet wird als sein Klassengenosse in China. Es sind aber die chinesischen Arbeiter, die revoltieren, weil ihre Löhne am Existenzminimum liegen, während der deutsche Arbeitsmann zufrieden ist dank eines Zuschlags, den Marx etwas vage historisch-kulturellen Umständen zuschreibt. Dieses Gefälle erklärt, warum Kernbelegschaften exportorientierter deutscher Firmen sich ihren Bossen verbunden fühlen, statt gegen sie zu revoltieren, und die IG Metall Rüstungsexporte unterstützt, während in Spanien, Portugal und Griechenland Generalstreiks stattfinden, weil die Löhne dort wieder in Richtung des Minimums sinken.

Daraus erklären sich Wohlstandschauvinismus, Standortnationalismus und Rassismus als rationale, auf den eigenen Vorteil bedachte Strategien und Haltungen, gerade auch in - Gewerkschaften. Darum ergeben Umfragen in Deutschland einen hohen Anteil an faschistischen Einstellungen unter Gewerkschaftern, darum ist die FPÖ nach Stimmenanteilen die Partei der Arbeiterklasse in Österreich, demnächst möglicherweise auch der Front National in Frankreich. Insofern reicht es nicht aus, eine imaginäre Solidarität der Arbeiterklasse zu beschwören. Man darf nicht im Stile August Bebel's Rassismus und Antisemitismus als eine Art Sozialismus der dummen Kerls verharmlosen, sondern muss solche Einstellungen direkt angehen und bekämpfen. Dazu gehört eine konsequente Kritik an rechten Tendenzen innerhalb vermeintlich linker Bewegungen. Dem widerspricht nicht, Forderungen auch von der bescheidenen Sorte zu unterstützen, etwa einen europaweiten Mindestlohn, mit dynamischer Steigerung auf der Grundlage von Inflationsrate plus Zuschlag, ähnlich wie die historische Arbeiterbewegung einst den Kampf um den Acht-Stunden-Tag als vereinheitlichende und internationale Forderung aufstellte und damit enorme Mobilisierungskraft entfaltete.

Die Vorzüge des sozialistischen Anarchismus

Auch Klassiker des linken Anarchismus sind mit Vorsicht zu genießen. Michail Bakunin hinterließ eine Menge antisemitischer Invektiven neben einer Fundgrube für antideutsche Parolen. Das Gros seiner Schriften besteht aus Gebrauchsanweisungen für Geheimgesellschaften. Wolkiger und poetischer in der Form als Lenin, entwickelte er trotzdem ein Avantgarde-Konzept für die Revolution. Der Geheimbund der Revolutionäre solle nicht Macht und Zwang ausüben, versicherte Bakunin, durchaus aber »das Volk« agitieren, schulen und lenken. Verglichen mit einem solchen Geheimbund und seiner informellen Macht ist Lenins Kaderpartei samt Zentralkomitee und Politbüro geradezu ein Vorbild an Transparenz. Obendrein existiert kein homogenes »Volk«, sondern verschiedene Klassen und Schichten, und sobald sich diese Ansammlung als »ein Volk« begreift, kann daraus leicht ein nationaler Mob werden.

Was die Wirtschaft betrifft, war Bakunin so klug, die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie zu empfehlen. Die ist zwar ein Torso mit Lücken und Defiziten, aber immer noch das Beste auf diesem Gebiet. Wichtig ist die Kritik von Bakunin und später von Rudolf Rocker am »wissenschaftlichen Sozialismus« und seinen Gewalt affirmierenden Fortschrittsmythen als Ansatz einer grundsätzlich wissenschaftskritischen Haltung. Bakunin war der erste, der das autoritäre Potential der Wissenschaftshuberei des Sozialismus erkannte. Sie beinhaltet eine Spaltung in Wissende und Unwissende und damit die Herrschaft einer neuen Elite. Im Anschluss an diese Kritik Bakunins war Kropotkin um 1900 einer der wenigen Linken, die fundiert und umfassend Darwinismus und Sozialdarwinismus kritisierten, während Marxisten diese Ideologie zu integrieren suchten, samt ihren eugenischen Konsequenzen.

Aufbauend auf dem Naturforscher Kropotkin, hat Bookchin in den USA seit den frühen fünfziger Jahren, als nahezu die gesamte Linke dem Produktivitätsfetischismus huldigte, ökologische Zerstörungen analysiert, weil der Kapitalismus eben nicht bloß Produktiv-, sondern auch Destruktivkräfte entwickelt. Bookchins Theorie der Entstehung von Hierarchien, des Patriarchats, von Staat und Klassen muss man nicht teilen, sie ist aber alles andere als schlicht. In der Nachkriegszeit verzweifelte der Gewerkschafter, als weiße, männliche Arbeiter in der consumer society zur Mittelschicht aufstiegen – von einem auserwählten revolutionären Subjekt keine Spur mehr. Die Zeit des »proletarischen Sozialismus« war für Bookchin vorbei, lange bevor Leute wie André Gorz den Abschied vom Proletariat verkündeten. Bookchin folgerte, dass der Kapitalismus gewiss nicht ohne den Kampf der Lohnabhängigen zu überwinden sei, allerdings außerparlamentarische, lokal verankerte Bewegungen entscheidend seien, die für eine direkte Demokratie auf der Grundlage einer sozialistischen Ökonomie kämpfen würden. Zu Bookchins Schwächen zählt die gelegentliche Idealisierung vorindustrieller Gesellschaften und kommunaler Institutionen. Im Unterschied zu den Schwärmern von »Occupy« übersah er aber nie, dass Versammlungen als Institutionen einer direkten Demokratie durch die sozialen Interessen und ideologischen Orientierungen ihrer Teilnehmer bestimmt werden. Zwar neigt Bookchin dazu, Freiheit und Gleichheit als Produkte der Evolution zu biologisieren, scharf kritisiert er jedoch die rassistische Soziobiologie sowie esoterische und ökofaschistische Strömungen. Er zählt zu den wenigen Anarchisten, die Proudhon als das bezeichneten, was er war, ein provinzieller Spießer und Antisemit.

Zu den emanzipatorischen Aspekten des Anarchismus zählt ein umfassenderes Verständnis von Herrschaft, als es der Marxismus aufbrachte. Das drückt sich aus in einer grundsätzlichen Ablehnung von Hierarchien und Staat, von autoritären und bürokratischen Strukturen auch innerhalb der Linken. Schon früh hatte Bakunin vor den deformierenden Wirkungen des parlamentarischen Betriebs gewarnt. Geradezu prophetisch erscheint im Rückblick die Kritik von Gustav Landauer, einem Mystiker, Gesellianer und reaktionären Lebensreformer, der Ende des 19. Jahrhunderts Sozialdemokratie und Gewerkschaften vorhielt, mit einer gegängelten und obrigkeitshörigen Arbeiterbewegung, werde man keinen Krieg verhindern, geschweige denn die Gesellschaft grundstürzend verändern. Solche Kritik mag theoretisch oft etwas oberflächlich daherkommen, aber sie hat sich empirisch bestätigt, im Gegensatz zum Wunschgebilde einer Linkspartei, die das Parlament frei nach Rosa Luxemburg bloß als Tribüne des Klassenkampfes nutzen wollte. Die Fundamentalopposition im parlamentarischen System erwies sich als unerreichbares Ideal. Von der historischen Sozialdemokratie über die kommunistischen Parteien des

Westens bis zu Grünen und diversen Linksparteien nach der Epochenwende um 1990 endeten alle als staatstragende Realpolitiker.

Letztlich sind alle linken Ansätze gescheitert. Nicht bloß der parlamentarische Weg, der Marsch durch die Institutionen, auch Genossenschaften, Kollektive und Alternativbetriebe konnten den Kapitalismus nicht überwinden, so wenig wie Generalstreiks der Syndikalist*innen, Aufstände bakunistischer Geheimbünde oder die Eroberung und Verteidigung der Staatsmacht durch eine Kaderpartei, die im millionenfachen Mord endete. Anarchistische, syndikalistische und rätekommunistische Bewegungen wurden in der Regel durch Polizei und Armee zerschlagen, sie mussten sich im Unterschied zu Sozialdemokraten und Leninisten nicht dem Praxistest unterziehen. Neuere Studien über die Spanische Revolution und die Machno-Bewegung trüben jedoch auch das Image des anarchistischen Rebellen, der möglicherweise bloß immer zu früh gestorben ist, als dass er sich vor aller Welt als Despot desavouieren konnte.

Dennoch liefert der sozialistische Anarchismus ähnlich wie der Rätekommunismus Schlüsselemente für eine emanzipatorische Praxis: Selbstorganisation, basis- und rätedemokratischen Strukturen sowie direkte Aktionsformen. Bewahrheitet hat sich, dass Weg und Ziel identisch sein müssen, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt, wie die Anarchistische Allianz 1872 in der Erklärung von St. Imier bereits betonte – dass also eine freie Gesellschaft nicht durch die Diktatur einer Elite zu erreichen ist.

In seinem Aufsatz »Sozialer Anarchismus oder Lifestyle-Anarchismus« pochte Bookchin 1995 darauf, dass rechter und linker Anarchismus unvereinbar seien, wofür er aus den eigenen Reihen scharf kritisiert wurde, so dass er sich schließlich vom Anarchismus abwandte. Fast zwei Jahrzehnte später gehen nun van der Walt und Schmidt in ihrer Kritik über ihn hinaus, in dem sie überhaupt nur sozialistische Ansätze als Anarchismus gelten lassen. Wieder schaltet die Szene auf Abwehr. Die Unwilligkeit, einen Trennungsstrich zu ziehen, ist bedauerlich, wobei die Frage des Labels so müßig ist wie bei Zwistigkeiten unter Marx-Anhängern. Für radikale Linke gilt in jedem Fall, rechtslibertäre, individualistische und prokapitalistische Strömungen zu bekämpfen und die emanzipatorischen Aspekte des Anarchismus aufzuheben, also sie weiter zu entwickeln und zu nutzen.